

**Satzung
der RENO Berlin-Brandenburg
Landesverband der Rechtsanwalts- und Notariatsfachangestellten e. V.**

**§ 1
Name und Sitz**

Der Verein führt den Namen RENO Berlin-Brandenburg Landesverband der Rechtsanwalts- und Notariatsfachangestellten e.V. und hat seinen Sitz in Berlin.

**§2
Aufgaben und Ziele**

1. Der Verein hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen der Mitglieder sowie der Arbeitnehmer bei Rechtsanwälten, Notaren und Patentanwälten als Gesamtheit zu fördern.

Seine Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unternehmen, Konfessionen und politischen Parteien hat er jederzeit zu wahren. Er bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und setzt sich für die Sicherung den Ausbau des sozialen Rechtsstaates ein.

2. Seine Aufgaben und Ziele sind insbesondere:

- a) die Wahrung, Vertretung und Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Belange der Mitglieder sowie deren fachliche Aus- und Weiterbildung, wobei die Pflege der Kollegialität einen besonderen Stellenwert einnimmt,
- b) der Zusammenschluss aller Arbeitnehmer der Rechtsanwälte, Notare und Patentanwälte,
- c) Einwirkung auf die Regelung des Ausbildungs- und Prüfungswesens, insbesondere die Mitarbeit in Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen der Rechtsanwalts- und Notarkammer und des Bildungsministeriums sowie die Weiterbildung und Durchführung desselben,
- d) Gewährung von Unterstützungen an Mitglieder, soweit es die Finanzlage gestattet, - es besteht kein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Unterstützung - ,
- e) Erzielung günstiger Gehalts- und Arbeitsbedingungen durch den Abschluss von Tarifverträgen,
- f) Unterstützung in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten,
- g) Erteilung von Rechtsauskünften, Rechtshilfe und -Vertretung soweit gesetzlich zulässig, auf Gebieten der Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit.

3. Der Verein ist eine Arbeitnehmergeinschaft (Berufsverband) im Sinne des Tarifvertragsgesetzes, des Berufsbildungsgesetzes, des Arbeitsgerichtsgesetzes und des Steuerrechts.

4. Der Verein ist berechtigt, im Rahmen des Vereinszweckes, die Rechte seiner Mitglieder im eigenen Namen geltend zu machen.

5. Wirtschaftlicher, auf Gewinn gerichteter Geschäftsbetrieb besteht nicht. Religiöse und politische Bestrebungen sind ausgeschlossen.

6. Die Einkünfte des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke Verwendung finden. Es darf keine Begünstigung bestimmter Personen oder Personenkreise durch übermäßige Verwaltungskosten oder Vergütungen erfolgen.

**§3
Mitgliedschaft**

Der Verein besteht aus ordentlichen Mitgliedern, außerordentlichen Mitgliedern, Ehrenmitgliedern und Fördermitgliedern.

1. Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, die/der bei einem Rechtsanwalt und/oder Notar angestellt ist, Rechtsanwalts- und/oder Notarfachgestellte/r (Rechtsanwalts- und Notargehilfen) mit abgeschlossener Berufsausbildung ohne Rücksicht darauf, ob sie derzeit bei einem Rechtsanwalt und/oder Notar beschäftigt sind und die/der sich in der Ausbildung zur/zum Rechtsanwalts- und/oder Notarfach angestellte/n befindet.

Anderen als in Abs. 1. bezeichneten Personen kann der Vorstand in besonderen Fällen die ordentliche Mitgliedschaft zugestehen. Hierbei soll es sich um Personen handeln, die sich für den Aufgabenkreis der Vereinigung interessieren, das 18. Lebensjahr vollendet haben und Arbeitnehmer im Sinne dieser Arbeitnehmervereinigung sind.

2. Außerordentliche Mitglieder:
 - a) Außerordentliches Mitglied des Vereins kann jeder sowie jede jugendliche Rechtsanwalts- und/oder Notariatsangestellte bzw. Patentanwaltsangestellte unter 18 Jahren werden.
 - b) Außerordentliche Mitglieder haben die Rechte und Pflichten der ordentlichen Mitglieder, jedoch kein Stimm- oder Wahlrecht.
 - c) Mit Vollendung des 18. Lebensjahres werden außerordentliche Mitglieder zu ordentlichen Mitgliedern.
3. Zu Ehrenmitgliedern können Personen ernannt werden, die sich besondere Verdienste um den Verein erworben haben. Die Ernennung erfolgt durch die Jahreshauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes. Sie haben weder Stimm- noch Wahlrecht.
4. Fördermitglieder können alle Personen werden, die sich mit den Zielen des Vereins identifizieren. Sie haben alle Rechte und Pflichten eines ordentlichen Mitgliedes, jedoch kein Stimm- und Wahlrecht.
5. Der Beitritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand oder der Geschäftsstelle des Vereins.
6. Die Rechte und Pflichten der Mitglieder beginnen mit dem Zeitpunkt der Bestätigung der Mitgliedschaft durch den Vorstand.
7. Über eine Aufnahme entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann abgelehnt werden. Die Ablehnung der Aufnahme durch den Vorstand ist nicht anfechtbar. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.

§4

Erlöschen der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, Tod, Ausschluss oder Löschung des Vereins:

- a) Jedes Mitglied des Vereins kann die Mitgliedschaft durch schriftliche Austrittserklärung gegenüber dem Vorstand zum Ende des Kalenderjahres kündigen, und zwar muss diese bis zum 30.09. eines jeden Jahres dem Vorstand zugegangen sein. Mit dem Austritt erlöschen sämtliche Rechte, die die Mitgliedschaft gewährte.
- b) Über den Ausschluss eines Mitgliedes entscheidet der gesamte Vorstand mit einfacher Stimmenmehrheit. Mit dem Austritt bzw. Ausschluss erlöschen sämtliche Rechte, die die Mitgliedschaft gewährte.
- c) Der Ausschluss eines Mitgliedes kann durch Beschluss des Vorstandes ausgesprochen werden, wenn das Mitglied gegen die Satzung, die Interessen und die Zielsetzung des Vereins zuwiderhandelt, oder wenn es trotz schriftlicher Mahnung mit einem Jahresbeitrag im Rückstand ist. Das ausgeschlossene Mitglied kann gegen den Ausschluss innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe Beschwerde einlegen.
- d) Das Ausscheiden aus dem Beruf schließt eine Mitgliedschaft nicht aus.

§5 Organe und Einrichtungen

1. Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.
2. Durch Beschluss der Mitgliederversammlung können weitere organisatorische Einrichtungen, insbesondere Ausschüsse mit besonderen Aufgaben bestimmt werden.

Der Vorstand des Vereins im Sinne von § 26 BGB besteht aus mindestens drei und höchstens sieben Personen.

Jeweils zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinschaftlich zur Vertretung des Vereins berechtigt.

Die persönliche Haftung der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder ist dahingehend begrenzt, dass diese nur für den Fall des Vorsatzes und grober Fahrlässigkeit besteht; eine persönliche Haftung der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder für den Fall leichter Fahrlässigkeit ist ausgeschlossen.

Darüber hinaus sind für die Dauer des Geschäftsjahres zwei Kassenrevisoren zu wählen. Die Kassenrevisoren verwalten ihre Ämter ehrenamtlich.

Die Amtsdauer der Gewählten beträgt zwei Jahre.

Die Amtsdauer beginnt mit dem Schluss der Tagung der Mitgliederversammlung, in der die Wahl vorgenommen worden ist und endet mit dem Schluss der Tagung, in der die Neuwahl stattfindet.

Der bisherige Vorstand ist verpflichtet, binnen zwei Wochen die Geschäfte dem neu gewählten Vorstand zu übergeben.

Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtszeit aus, so kann der Restvorstand für die verbleibende Zeit der Wahlperiode einen kommissarischen Vertreter ernennen, der bis zur nächsten Mitgliederversammlung die Aufgaben des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes übernimmt.

§6 Ausschüsse

Zur Unterstützung des Vorstandes können durch Beschluss der Mitgliederversammlung weitere Ausschüsse gebildet oder vom Vorstand eingesetzt werden.

Der Vorstand ernennt vorläufig die Leiter der Ausschüsse.

Ein Ausschuss besteht aus mindestens zwei Mitgliedern.

Es besteht ein Ausschuss Aus- und Weiterbildung, der einen Vorsitzenden bestimmt. Zu Sitzungen des Vorstandes ist dieser vom Vorstand ohne Stimmrecht hinzuzuziehen.

Zu einer konstituierenden Sitzung ist ein Ausschuss innerhalb von zwei Monaten vom Tage der Einsetzung an gerechnet vom Vorstand einzuberufen.

Die Dauer der Berufung beträgt zwei Jahre; sie hat nach der Neuwahl des Vorstandes jeweils erneut zu erfolgen. Die Ausschüsse gelten nicht als Organ i.S. v. § 30 BGB. Sie unterstehen dem Vorstand.

Für die Tätigkeit der Ausschüsse gilt die Geschäftsordnung des Vorstandes sinngemäß.

§7 Stadtgruppen

Der Zusammenschluss der Mitglieder innerhalb einer Stadt, eines Kreises oder eines Bezirkes zu einer Stadtgruppe ist anzustreben. Die Stadtgruppen sind nicht in das Vereinsregister einzutragen.

Die Stadtgruppen fördern in ihrem Bereich die Aufgaben des Vereins gemäß der Satzung, den jeweiligen Beschlüssen der Mitgliederversammlungen und des Vorstandes.

Die Mitglieder der Stadtgruppen bestimmen aus ihrer Mitte jeweils einen Leitenden Sprecher. Zu Sitzungen des Vorstandes ist dieser vom Vorstand ohne Stimmrecht hinzuzuziehen.

§8 Geschäftsordnung

1. Alle Organe geben sich eine Geschäftsordnung.
2. Die Leitung aller Zusammenkünfte obliegt einem Versammlungsleiter, der vor Beginn der Versammlung zu bestimmen ist.
3. Alle Organe fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit, wenn die Satzung keine Mehrheit vorschreibt.
4. Alle Organe führen über ihre Sitzung eine Niederschrift, die vom Versammlungsleiter unterzeichnet wird und mindestens den Wortlaut der gefassten Beschlüsse enthält.

§9 Mitgliederversammlung

1. Alle zwei Jahre findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt, zu der alle Mitglieder vom Vorstand unter Angabe der Tagesordnung durch schriftliche Einladung mit einfachen Brief einzuladen sind. Die Einladung hat zwei Wochen vor dem Termin zu erfolgen.
2. Mitglieder, die mit dem Beitrag im Rückstand sind, haben kein Stimmrecht.
3. Anträge zur Mitgliederversammlung müssen mindesten eine Woche vorher schriftlich bei der Geschäftsstelle der Vereinigung eingereicht und begründet werden.
4. Der Mitgliederversammlung obliegen insbesondere:
 - a) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes, der Ausschüsse und der Stadtgruppen, des Berichtes der Kassenprüfer,
 - b) Entlastung des Vorstandes,
 - c) Beschlussfassung über die vom Vorstand und der Mitglieder eingebrachten Anträge,
 - d) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und Verabschiedung der Beitragsordnung,
 - e) Wahl des Vorstandes,
 - f) Wahl von zwei Kassenrevisoren,
 - g) jede Änderung der Satzung,
 - h) Ernennung von Ehrenmitgliedern,
 - i) Auflösung des Vereins.
5. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung kann nur bei wichtigen Angelegenheiten der Vereinigung einberufen werden, wenn dies von mindestens 1/3 der Mitglieder beantragt wird.

Der Antrag muss schriftlich gestellt werden und mit einer Begründung versehen sein.

Der Vorstand kann mit einfacher Mehrheit ebenfalls die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung beschließen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist so einzuberufen, dass die Einladung mindestens zwei Wochen vorher schriftlich erfolgt. Die Tagesordnung der außerordentlichen Mitgliederversammlung ist bekanntzugeben.

6. Jede ordnungsgemäß einberufene (ordentliche und außerordentliche) Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig; sie beschließt die Anträge mit einfacher Mehrheit, soweit sie nicht Satzungsänderungen oder die Auflösung des Vereins betreffen.
7. Über den Verlauf der Versammlungen ist ein Protokoll zu führen, das von einem vor Beginn der Versammlung gewählten Versammlungsleiter, der dem Vorstand anzugehört hat, zu unterzeichnen ist.

§10

Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

Sofern das Gesetz oder diese Satzung nichts Anderes bestimmen, erfolgt die Beschlussfassung mit einfacher Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Versammlungsleiters. Bei Beschlüssen über die Änderung der Satzung und die Auflösung des Vereins ist eine Stimmenmehrheit von drei Viertel der anwesenden ordentlichen Mitglieder erforderlich. Das Stimmrecht kann von den Mitgliedern nur persönlich ausgeübt werden.

Die Übertragung des Stimmrechtes durch Vollmacht ist ausgeschlossen. Mitglieder, die mit Beiträgen im Rückstand sind, haben kein Stimmrecht. Abstimmungen erfolgen durch Handzeichen.

§11

Mitgliedsbeiträge, Auslagen und Aufwandsentschädigungen

Die Mitgliedsbeiträge für ordentliche, außerordentliche und fördernde Mitglieder und die Beitragsordnung beschließt die Mitgliederversammlung. Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

Die Tätigkeit als Vorstandsmitglieder wird angemessen vergütet. Die Höhe bestimmt die Mitgliederversammlung. Näheres regelt die Geschäftsordnung. Jedes Vorstandsmitglied hat Anspruch auf Ersatz der in Ausübung der Vorstandstätigkeit entstandenen Kosten.

§12

Tarifvertragsgestaltung und Rechtsschutzgewährung

Der Verein hat auf den Abschluss von Tarifverträgen hinzuwirken und ein entsprechendes Tarifkonzept in Zusammenarbeit mit der RENO-Deutsche Vereinigung der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten e.V. zu erarbeiten.

Dem Verein obliegt es, seinen Mitgliedern in rechtlicher Hinsicht Rat, Hilfe und Vertretung im Rahmen seiner Möglichkeiten zu gewähren.

§13

Satzungsänderungen und Auflösung

Satzungsänderungen können in den Mitgliederversammlungen nur mit Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen aller erschienenen Mitglieder beschlossen werden.

Der Austritt aus der Bundesvereinigung und die Auflösung der Vereinigung kann nur erfolgen, wenn in einer Jahreshaupt- oder eigens dazu einberufenen Mitgliederversammlung mindestens 3/4 der Stimmen aller anwesenden Mitglieder dafür abgegeben werden.

Ein Antrag auf Auflösung des Vereins kann nicht als dringlich behandelt werden.

Bei der Auflösung des Vereins ist etwaiges Vereinsvermögen an die RENO-Deutsche Vereinigung der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten e.V., Berlin, abzuführen.

Für den Fall, dass die RENO-Deutsche Vereinigung im Zeitpunkt der Auflösung des Vereins nicht mehr besteht, ist das etwaige Vereinsvermögen einem Verein zuzuführen, der zum Zeitpunkt der Auflösung als gemeinnützig anerkannt sein muss.

Im Falle, dass das Vermögen nicht an die RENO-Deutsche Vereinigung abgeführt werden kann, ist vor Ausführung eines Beschlusses über die Vermögenszuwendung an einen gemeinnützigen Verein die Genehmigung des örtlichen Finanzamtes einzuholen.

Ausgeschiedene und ausgeschlossene Mitglieder haben keine Rechte am Vermögen des Vereins. Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand.

§14 Bundesverband

1. Der Verein ist Mitglied der RENO-Deutsche Vereinigung der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten e.V. mit Sitz in Berlin und erkennt mit Verabschiedung dieser Satzung die Satzung nebst Anlagen der RENO-Deutsche Vereinigung der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten e.V. an.
2. Der Verein ist insbesondere verpflichtet,
 - a) das RENOBLATT oder das jeweilige offizielle Mitteilungsblatt des Bundesverbandes sofort nach Erscheinen seinen Mitgliedern zu übersenden,
 - b) den Veranstaltungskalender, sonstige Seminareinladungen und alle Mitteilungen, die vom Bundesverband für die Mitglieder der ihm angeschlossenen Vereine herausgegeben werden, seinen Mitgliedern sofort nach Erscheinen zu übersenden,
 - c) dem Bundesverband jeweils zu Beginn eines jeden Quartals eine vollständige Mitgliederliste, nach den vom Bundesverband aufgestellten Kriterien zu übersenden,
 - d) die nach der Beitragsordnung des Bundesverbandes fälligen Mitgliederbeiträge rechtzeitig und vollständig an den Bundesverband zu überweisen, sofern der Verein nicht ausnahmsweise von einer Beitragspflicht befreit ist. Anstelle einer Überweisung kann auch eine Einzugsermächtigung erteilt werden; in diesem Falle hat der Verein für eine ausreichende Deckung seines Kontos Sorge zu tragen.

§15 Inkrafttreten

Die Neufassung dieser Satzung wurde auf der Mitgliederversammlung vom 19. Juli 2001 beschlossen und tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.